

Michael Oswald
Isabelle Borucki *Hrsg.*

Demokratiethorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung



Springer VS

Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung

Michael Oswald · Isabelle Borucki
(Hrsg.)

Demokratiethorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung

 Springer VS

Hrsg.

Michael Oswald
Lehrstuhl für Politikwissenschaft
Universität Passau
Passau, Deutschland

Isabelle Borucki
Institut für Politikwissenschaft
Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-30996-1 ISBN 978-3-658-30997-8 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30997-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Mit dem vorliegenden Band verfolgen wir das Ziel, die vielfältigen Debatten rund um die Digitalisierung in ihrer – wie wir meinen – Frühepoche näher zu beleuchten und deutlich zu machen, worum es sich bei den jeweiligen Phänomenen eigentlich handelt und was daraus für die demokratiethoretische Beschäftigung mit digitaler Transformation resultiert. Es wäre verwegen, auch nur im Ansatz eine umfassende Antwort auf die Fragen über die Digitale Transformation liefern zu wollen; daher ist dieses Werk vielmehr als eine Momentaufnahme zu verstehen, in der die Dinge, die um uns herum in rasender Geschwindigkeit ablaufen, aus der Nähe und in Ruhe betrachtet werden, um ihre Implikationen für Demokratie, Repräsentation und Freiheit einordnen zu können.

Allen Autorinnen und Autoren gilt unser herzlicher Dank, die neben ihrem Beitrag auch bereit waren, sowohl das Board- auch ein internes Peer-Review-Verfahren zu durchlaufen, was aus unserer Sicht wesentlich zur Qualitätssteigerung beigetragen hat. Weiterhin möchten wir Janna Hartmann danken, die uns bei der Redaktion und der Anpassung der Beiträge tatkräftig unterstützt hat. Tatevik Tophoven-Sedrakyan hat uns bei der Endredaktion unter die Arme gegriffen. Danken möchten wir auch Karl-Rudolf Korte, der als Impulsgeber des Begriffs *Frühdigitalisierung* den Stand der aktuellen technologischen wie auch demokratiethoretischen Entwicklung auf den Punkt brachte.

Außerdem danken wir dem CAIS in Bochum. Mit seiner überaus großzügigen Finanzierung der AutorInnentagung und personellen Förderung dieses Projekts hat das CAIS zu seinem Gelingen maßgeblich beigetragen.

Passau
Duisburg
im Mai 2020

Michael Oswald
Isabelle Borucki

Inhaltsverzeichnis

Einführung

Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog	3
Isabelle Borucki und Michael Oswald	

Demokratie und Theorie in der Frühdigitalisierung	17
Isabelle Borucki und Michael Oswald	

Öffentlichkeit

Grenzenlos, frei und politisch? Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Digitalisierung aus radikaldemokratischer Perspektive	25
Claudia Ritzi und Alexandra Zierold	

Zwischen Skylla und Charybdis? Die Zukunft der Demokratietheorie im digitalen Zeitalter	47
Gizem Kaya	

Demokratischer Wandel, dissonante Öffentlichkeit und die Herausforderungen vernetzter Kommunikationsumgebungen	83
Curd Knüpfer, Barbara Pfetsch und Annett Heft	

Europas digitale Souveränität. Bedingungen und Herausforderungen internationaler politischer Handlungsfähigkeit	103
Annegret Bendiek und Jürgen Neyer	

Zur Konstitution der digitalen Gesellschaft. Alternative Infrastrukturen als Element demokratischer Digitalisierung	127
Sebastian Berg und Daniel Staemmler	

Akteure

Kapitale Konsequenzen für organisierte Interessenvertretung in Demokratien – Pierre Bourdieu, politische Organisationen und webbasierte Technologien	151
Jasmin Fitzpatrick	
Europas pragmatische Netzöffentlichkeit	177
Moritz Wiesenthal	
Disruptionen in Freiheit und Demokratie	
Was bedeutet „Freiheit“ in einem sozio-technischen Kontext?	201
Ben Wagner	
Diskriminierungen und Verzerrungen durch Künstliche Intelligenz. Entstehung und Wirkung im gesellschaftlichen Kontext	219
Paul F. Langer und Jan C. Weyerer	
Demokratie und digitale Kommunikationsökonomie: Lässt sich ein Fake-News-Verbot liberal-demokratisch begründen?	241
Adriano Mannino	
Die Digitalisierung der Hassrede in den USA – Bedrohung oder Bestandteil der Demokratie?	257
Sebastian Dregger	
Political Implications of the Digital Transformation – The Role of the Democratic State in Multi-Stakeholder Internet Governance	277
Carolin Stötzel	
Digitale Profile, Reputation Scoring und Social Credits am Beispiel von Chinas National Credit Management System	305
Paul F. Langer	
Fazit und Ausblick	
Digitale Disruption: Demokratietheorie im Paradigma der entgrenzten Individualkommunikation	325
Michael Oswald	
AutorInnenverzeichnis	349

Einführung



Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog

Isabelle Borucki und Michael Oswald

1 Die Digitale Transformation

In den 1990er Jahren brach mit dem breiten Zugang zum Internet eine neue Zeit individueller Kommunikation an, die in der Politikwissenschaft als Chance für Empowerment, politische Teilhabe und direkte Demokratie diskutiert wurde. Dreißig Jahre später ist der Begriff der Digitalisierung omnipräsent. Seine mannigfaltigen Bedeutungen erschwert dabei den wissenschaftlichen Diskurs, in der englischsprachigen Literatur wird dieser jedoch weitergehend differenziert in ‚Digitization‘, ‚Digitalization‘ und ‚Digital Transformation‘ (Mergel et al. 2019; Brennen 2014). Nach Mergel und Kollegen (2019, S. 12), verstehen wir ‚Digitization‘ als die technische Übersetzung analoger Signale in digitale, was eine Veränderung des Kanals und damit auch der Technologie zur Folge hat. Diese Dimension ist jedoch in erster Linie technisch und wenig politisch oder gar normativ. Unter ‚Digitalization‘ ist die Veränderung von Prozessen zu verstehen, die durch Digitalisierung herbeigeführt wird. ‚Digitale Transformation‘ schließlich beinhaltet die Implikationen der Digitalisierung auf die kulturelle, gesellschaftliche, politische, organisationale und letztlich relationale Ebene. Dies ist jener umfassende Begriff, der im Titel des vorliegenden Werkes die Bedeutung der Digitalisierung trägt. Entsprechend wollen wir uns im Folgenden der Frage

I. Borucki (✉)

NRW School of Governance, Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland

E-Mail: isabelle.borucki@uni-due.de

M. Oswald

Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Passau, Passau, Deutschland

E-Mail: michael.oswald@uni-passau.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

M. Oswald und I. Borucki (Hrsg.), *Demokratietheorie im Zeitalter der*

Frühdigitalisierung, https://doi.org/10.1007/978-3-658-30997-8_1

widmen, wie sich Demokratie und digitale Transformation zueinander verhalten, welche Probleme, aber auch welche Gewinne denkbar bzw. bereits eingetreten sind, wenn wir davon ausgehen, dass die digitale Transformation dem Begriff nach ein sowohl omnipräsentes als auch fortwährendes Phänomen ist, das nicht einfach als unabhängige Variable an den Anfang eines monokausalen Zusammenhangs gestellt werden kann, will man nicht die Kontextualisierung und Einbettung eben jenes Prozesses verlieren. Hierzu ist die Definition der digitalen Konstellation hilfreich, welche technologische Eigenschaften, Affordanzen¹ und politischen Formwandel umfasst (Berg et al. 2020). Daraus resultiert für unseren Kontext eine Orientierung an relational zu sehenden Beziehungen und Interaktionen.

Um das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung eingehender zu betrachten, gehen wir im Folgenden auf drei klassische demokratietheoretische Stränge ein: Den Liberalismus, Kommunitarismus und Republikanismus. Zunächst erörtern wir, wie diese Theorien zu unserer Fragestellung sprechen, welche Erkenntnisse daraus gezogen werden können und hinterfragen, ob die vorhandenen Theorien im Kontext der Digitalen Transformation noch für uns entscheidungsfähig sind, um das zu erfassen, was wir unter diesem Prozess verstehen. Die inhaltliche Unterteilung des Bandes erklärt sich aus einem Theorie-Empirie-Dialog entlang zentraler Begrifflichkeiten wie Öffentlichkeit, Akteuren sowie Disruptionen in Freiheit und Demokratie.

Die grundlegende Idee für den vorliegenden Band ist, dass es sich bei der Digitalen Transformation um einen nicht weniger revolutionären Umbruch handelt als den Wandel mit der Erfindung des Buchdrucks und der damit verbundenen Alphabetisierung. Mit Marshall McLuhan (1962) teilen wir die Annahme, dass das elektronische Zeitalter, in dem wir uns nun befinden ‚nur weniger verwirrend‘ für uns sein wird als eben jene Erfindungen des Mittelalters, die eine massenhafte Verbreitung von Druckerzeugnissen und andere, alternative Übersetzungen der Bibel ermöglichten und letztlich zur Aufklärung und der Prägung unserer heutigen westlichen Gesellschaften führte (vgl. hierzu Oswald 2018 und Oswald in diesem Band). Dieses aufklärerische Projekt und seine Idee – *sapere aude* (Kant 1784) – sind allerdings durch das Aufkommen der massenhaften digitalisierten Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten in Bedrängnis geraten. Denn, wie wir inzwischen wissen, ist das Internet alles, nur nicht *per se* demokratisch.

¹Darunter verstehen die Autoren eine „Beziehungsstruktur zwischen einem technischen Artefakt und dessen NutzerIn [...], welche in einer konkreten Situation potentielle Handlungsergebnisse ermöglicht oder beschränkt“ (Berg et al. 2020, o. S.).

2 Demokratie als dynamisches Projekt

Die Digitalisierung hat lange Zeit für viel Optimismus und die Erwartung einer qualitativ verbesserten Demokratie gesorgt. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren entstanden im Umfeld des Silicon Valley erste visionäre Vorstellungen einer neuen Form anarchischer Demokratie, die ohne Staaten, Nationalismen und Herrschaftssystem auskommen könnte (Grossman 1995; Rheingold 1993). Die neuen technischen Möglichkeiten der umfassenden Bereitstellung von Informationen zu niedrigen Kosten weckten noch bis zur Jahrtausendwende Erwartungen an eine umfassend informierte und aktive Bürgerschaft. In der Tat korrespondierte die Entstehung eines breit zugänglichen Internets mit den Ideen der ‚starken Demokratie‘, wie sie sich Benjamin Barber (2004 [1984]) vorstellte. Jene partizipatorische Demokratie, in der die direkte Bürgermitwirkung die *Conditio sine qua non* ist, sollte auf maximale Inputorientierung ausgerichtet sein. Die sollte nicht nur ein Höchstmaß an bürgerlicher politischer Partizipation gewährleisten, sondern auch das Konzept der Bürgerschaft revitalisieren. Die allgemeine und freie Zugänglichkeit von politischer Information, die Lancierung elektronischer Abstimmungsverfahren auf dem Fundament einer ‚neuen Architektur des öffentlichen Raumes‘ sind bereits Elemente, für die das Internet prädestiniert ist.

Nicht zuletzt aufgrund derlei idealistischer Vorstellungen standen die ‚neuen‘ Medien schnell im Lichte einer Renaissance der Agora. Ihnen wurde sogar die Bezeichnung ‚E-gora‘ zuteil, da sie als Medium des freien, individuellen Meinungs- und Ideenaustauschs angepriesen wurden (Gellner und Strohmeier 2002; Poster 1997). Mit dem Aufstieg der sozialen Medien in den Nullerjahren wurden diese Hoffnungen weiter befeuert und mit der Idee transnational aktiver Bürger ergänzt, die Nachrichten nicht bloß konsumierten, sondern zu Prosumenten würden und wurden (Bruns 2008; vgl. Toffler 1980).² Hinzu kam die Hoffnung, dass Bürger im Rahmen kontinuierlicher Abstimmungsprozesse neu in politische Meinungsbildungs- und Politikformulierungsprozesse eingebunden werden und dass die als überholt angesehene Trennung zwischen Staat und Gesellschaft entweder weiter durchlässig oder letztlich vielleicht sogar ganz überwunden werden könnte. Staatliches Handeln würde durch die online-Bereitstellung von Dienstleistungen und Sachinformationen gläsern und damit bürger-näher, transparenter und responsiver werden können.

²Der Begriff des Prosumenten stammt ursprünglich von Alvin Toffler (1980), der von Bruns mit dem Kofferwort des „Produser“ an die Social Media angepasst wurde.

Von dem Optimismus über die positiven Effekte des Internets sind die Theorien und eine Riege an enthusiastischen Netz-Aktivisten geblieben. Und obgleich heute durch die demokratiethoretischen Lager der Skeptizismus und die Befürchtung überwiegen, dass grundlegende Bausteine der Demokratie abgeräumt und eine neue Form der staatlich-privatwirtschaftlichen Manipulation von Bürgern und Öffentlichkeit Einzug halten könnte, wurde der Gedanke der digitalen Agora noch lange nicht beerdigt (Bradshaw und Howard 2017; Thielges und Hegelich 2017).

Die demokratiethoretische Debatte zu dieser Frage ist maßgeblich von drei großen Theoriesträngen geprägt: Dem Liberalismus, Kommunitarismus und radikaldemokratisch-deliberativen Diskursmodellen. Durch entsprechende Erkenntnisse wurde bereits die *Common-Sense*-Vermutung verworfen, dass sich frei verfügbare Information positiv auf Wissensstände auswirkt. Iyengar und Hahn (2009) stießen sogar bereits vor über zehn Jahren auf die beunruhigenden Hinweise, dass ein intensiver Online-Nachrichten-Konsum politische Horizonte eher verengt als erweitert (vgl. hierzu auch Sunstein 2001). Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der nahezu mythenhaften Verbreitung der Phänomene von Echokammern oder Filterblasen, die inzwischen hinsichtlich ihrer empirischen Evidenz teilweise als weniger wirkmächtig gelten können (Dubois und Blank 2018; Stark et al. 2019). Es handelt sich demnach weniger um Blasen, als vielmehr um einen Medientenor.

Im Zuge der massiven Verbreitung digitaler Kommunikationsmittel im Rahmen der Frühdigitalisierung in ihrer ersten Ausprägung wurde die euphorische Prognose der digitalen Renaissance der Agora allerdings bislang eher zu einer ernüchternden Realität: Im Hinblick auf die klassischen Funktionen von Massenmedien repräsentieren anarchisch-individualistisch organisierte Plattformen und Foren transnationaler Megakonzerne demokratische Prinzipien wie Zugänglichkeit, Responsivität, Repräsentation und Transparenz nur unzureichend (vgl. Gellner 1995). Nicht selten agieren sie aus eigenen Beweggründen und übertragen dabei eine überlagernde Ideologie. Dies hemmt die Erfüllung des intermediären Auftrags, denn während klassische Nachrichten-Portale zumeist relativ ausgeglichen berichten, divergieren die Angebote im Internet mitunter stark von dieser angestrebten Neutralität, vor allem da sie nahezu kontroll- und herrschaftsfrei sind. Im anarchischen Onlinemediensystem gehen so mitunter sowohl die institutionalisierte Kontrolle als auch die Selbstkontrolle verloren (Oswald 2018; Entman 2010; Usher et al. 2018). Dies hat wert- und ideologie-behaftete – oder gar verfälschte – Darstellungen von Sachverhalten zur Folge, die

mit einem Medien-*Bias* – wie wir ihn auch in den etablierten Medien bisweilen antreffen – nur noch unzutreffend zu beschreiben sind.

Insgesamt verschiebt sich mit den schier unendlichen Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion über Plattformmedien die Frage der politischen Herrschaft, denn schließlich sind wir zum ersten Mal an einem Punkt der Geschichte westlicher Regierungssysteme angelangt, an welchem eine direkte Demokratie zumindest strukturell möglich wäre. Gleichzeitig könnte die Frage gestellt werden, ob unsere derzeitigen demokratischen Systeme überhaupt in der Lage sind, mit den Veränderungen durch die digitale Transformation umzugehen. Unsere demokratischen Systeme sind schließlich auf der Idee und der Funktionslogik des Nationalstaats begründet, die Digitalisierung und ihre Effekte scheinen diese Strukturen jedoch vermehrt herauszufordern. Im Folgenden werden in diesem Kontext die genannten Theorietraditionen als Hintergrundfolie für diesen Band aufgespannt.

2.1 Liberalismus und das Projekt der offenen Gesellschaft

Liberaler Demokratietheorien sind eng mit der Popper'schen Idee der offenen Gesellschaft verbunden (Popper 2003 [1957]). Sie basieren auf dem Grundgedanken, dass staatliche Handlungskompetenzen auf ein Mindestmaß beschränkt sein sollten und dass Bürger eigenständig in der Lage sind, sich zu informieren und ihre Anliegen in politisches Handeln zu überführen. Märkte sollten sowohl relativ frei als auch unabhängig von staatlicher Regulierung sein und könnten so immer effizienter und damit dem Gemeinwohl zuträglicher funktionieren.

Die politische Praxis der entstehenden digitalen Gesellschaft hat hier weitreichende Probleme aufgezeigt. Die neuen Sicherheitsbedrohungen durch den Terrorismus und befürchtete Angriffe auf kritische Infrastrukturen (also die Hardware des Internets) haben in den letzten Jahren zu einem Ausbau staatlicher Handlungskompetenzen geführt (Löblich und Musiani 2014). Die Snowden-Enthüllungen haben gezeigt, dass die nationalen Sicherheitsdienste ihren Auftrag zunehmend expansiv interpretieren und auch vor illegalen Eingriffen in den Datenschutz nicht zurückschrecken. In fast allen Staaten lässt sich ein Ausbau von Instrumenten beobachten, die Überwachungsmöglichkeiten ausdehnen und die Grenze zwischen Staat und Privatheit nachdrücklich zugunsten des Staates verschieben (vgl. Borucki und Schünemann 2019). Auch

die Hoffnungen auf freie Märkte haben sich angesichts des internationalen Finanzkollaps von 2007/8 so nicht bewahrheitet. Der Aufstieg von GAFKA (Google, Amazon, Facebook und Apple) zu transnationalen Megakonzerne zeigt vielmehr, dass digitale Märkte zu Lock-In Effekten und zur Konzentration von Marktmacht in den Händen weniger Konzerne tendieren. Hier könnte argumentiert werden, dass ein solches asymmetrisches und konzentriertes Marktgeschehen der grundlegenden Idee einer freien Gesellschaft widerspricht, wenn man bedenkt, dass nicht profit-orientierte Alternativen von Social Media gerade einen Bruchteil der Beliebtheit kommerzieller Angebote erfahren.³ Der Ausbau staatlicher Handlungskompetenzen und privater Konzentrationsprozesse verstärkt sich sogar wechselseitig. In vielen Fällen greifen staatliche Sicherheitsdienste auf die Datenbestände privater Konzerne zu oder versuchen dies zumindest. An ihre Grenze gelangen staatliche Akteure dabei schnell, wie das Beispiel des Attentäters von San Bernardino in den USA zeigt, bei welcher sich Apple weigerte, dessen iPhone zu entsperren⁴ oder auch die Ablehnung von Facebook gegenüber Regulations- und Zugriffsbestrebungen der Nationalstaaten. Im Ergebnis, so die Befürchtung, entsteht hier ein neuer staatlich-privater Komplex, der in Teilen im Widerspruch sowohl zu gesetztem Recht als auch zu dem Versprechen der offenen Gesellschaft steht.

2.2 Kommunitarismus und die bedrohte Gemeinschaft

Wo liberale Demokratietheorien Hoffnungen auf die offene Gesellschaft setzen, betonen kommunitaristische Demokratietheorien die Notwendigkeit politischer Gemeinschaft. Ein über die Zeit gewachsenen normatives Fundament geteilter Werte und ethischer Grundüberzeugungen gilt als Vorbedingung dafür, dass anspruchsvolle Entscheidungsverfahren wie die Mehrheitsabstimmung und substantielle Politiken wie sozialer Ausgleich überhaupt erst umgesetzt werden können. Nur in einer Gemeinschaft, die auf dieser Basis ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt und sich als „Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaft“ (Kielmannsegg 2003) versteht, kann eine Form von ‚starker Demokratie‘ (Barber 2004 [1984]) überhaupt existieren.

³Vgl. hierzu den Beitrag von Berg und Staemmler in diesem Band.

⁴Experten von Regierungsbehörden konnten das Handy schließlich selbst entsperren.

Ähnlich wie liberale Demokratietheorien sind kommunitaristische Theorien durch die Digitalisierung mit einer grundlegenden Herausforderung konfrontiert. Schon vor über zwanzig Jahren diagnostizierte Manuel Castells, dass sich moderne Gesellschaften in einen „space of flows“ und einen „space of places“ aufspalteten (Castells 2007, 2008; Castells und Cardoso 2006). Während die gut ausgebildeten Symbolanalytiker (Reich 2010) überall auf der Welt arbeiten könnten und eine transnational vernetzte gemeinsame soziale Gruppe bildeten, würden immer mehr Menschen auch digital abgehängt und bildeten zunehmend sozio-ökonomisch und kulturell marginalisierte Gruppen an peripheren Orten (Ebo 1998; Lutz et al. 2015). Die verschiedenen ‚digital divides‘ (Schradie 2018; Hoffmann und Lutz 2019) zeigen dabei eine starke Verknüpfung klassischer sozio-demografischer Benachteiligung und digitaler Diskriminierung bzw. Selbst-Exklusion sowie steigender populistischer Neigung auf (Momoc 2018). Die Proteste der ‚Gilets jaunes‘ in Frankreich bringen diese Spaltung ebenso deutlich zum Ausdruck wie viele Trump-Wähler im US-amerikanischen ‚Rust Belt‘ oder auch weite Teile der populistischen Bewegungen in ganz Europa (Block und Negrine 2017; De Blasio und Sorice 2018; Momoc 2018). Die Digitalisierung lässt sich in dieser Perspektive als eine gesellschaftsdisruptive Kraft interpretieren (Oswald 2018), die die „imagined community“ des Nationalstaates (Anderson 1983) zerreißt und an ihrer Stelle transnationale „communities of practice“ (Stalder 2016) befördert. Spätestens seit ‚Bowling Alone‘ (Putnam 2000) wird zudem die These weitläufig vertreten, dass soziale Netzwerke aufgrund einer neuen Form von Freizeitverhalten zerfallen. Für die starke und auf bürgerschaftlichem Gemeinsinn aufbauende Demokratie ist dieser Prozess verheerend. Er droht den Zusammenhalt der Gesellschaften zu unterminieren, ohne an seine Stelle eine neue funktional äquivalente Konfiguration zu stellen. Hierfür finden sich in radikaldemokratischen Theorien alternative Vorschläge, zu denen neben den agonistischen (Mouffe) und autonomen (Marx) auch der Theoriestrang deliberativer Theorien (Habermas) zu zählen ist.

2.3 Deliberativer Republikanismus: diskursive Verständigung, öffentlicher Vernunftgebrauch

Deliberative republikanische Demokratietheorien sind eng, aber nicht nur, mit dem Namen Jürgen Habermas verknüpft. Sie basieren auf der Idee eines herrschaftsfreien Diskurses, der von sich als gleich anerkennenden Rechtsgenossen in den Verfahren der repräsentativen Demokratie geführt wird. Der demokratische Rechtsstaat steht hier für eine institutionelle Konfiguration, in der

Bürger den öffentlichen Vernunftgebrauch pflegen, ihre partikularen Weltansichten argumentativ zur Disposition stellen und in der das majoritäre Verfahren idealiter nur noch als Instrument der Autorisierung eines öffentlichen Prozesses der Identifikation des besten Argumentes dient (Habermas 1990, 2008; Preyer 2018).

Auch das deliberativ-republikanische Demokratiemodell ist mit gravierenden Problemen mit der konzeptionellen Verarbeitung der Digitalisierung konfrontiert. Wenn Filterblasen, Echo-Kammern, Desinformation und die Manipulation des öffentlichen Raumes durch strategisch handelnde Akteure wirklich zu einem zentralen Element von Öffentlichkeit geworden sind und sich dadurch fragmentierte und polarisierte Teil-Öffentlichkeiten herausbilden, dann steht die (kontrafaktische) Annahme eines herrschaftsfreien Diskurses auf offensichtlich wackeligen Füßen (Bernhardt et al. 2008; Prior 2013). Wie lässt sich noch an den zwanglosen Zwang des besseren Argumentes glauben, wenn sich zwischen wahren und falschen Aussagen kaum noch unterscheiden lässt und immer mehr Menschen davon ausgehen, dass Wahrheit ein Begriff ist, der von dem jeweiligen Standpunkt und der jeweiligen Interessenslage abhängt? Dies zeigt sich eindrucksvoll am Diskurs rund um den Klimawandel und die Corona-Pandemie. Auch die hohe Marktmacht von Google, Facebook und anderen Bereitstellern von Informationen und die hiermit einhergehende faktische Privatisierung kommunikativer Infrastrukturen ist alles andere als einem herrschaftsfreien Diskurs zuträglich.

3 Versuche der Rekonzeptualisierung von Demokratie

Die Autoren dieses Bandes beschränken sich nicht auf die Beschreibung von Defekten der Demokratie, sondern setzen sich in einem zweiten Schritt mit Versuchen der Rekonstruktion digitaler Demokratie und letztlich auch einer Weiterentwicklung auseinander. Welche Ansätze finden sich in der neuen Literatur, die Chancen und Herausforderungen der digitalen Revolution gleichermaßen zur Kenntnis zu nehmen, um hierauf aufbauend ein neues Verständnis digitaler Demokratie zu denken? Hier wird sowohl auf neuere theoretische Ansätze über die drei geschilderten Perspektiven hinaus (Dahlberg 2011; Fung et al. 2013), als auch auf die Einbindung nationaler demokratischer Strukturen in europäische und internationale Meinungsbildungs- und Normsetzungsprozesse einzugehen sein. Denn gerade im Feld der so genannten radikalen Demokratietheorien werden verschiedene Vorschläge diskutiert. Diese reichen vom Schutz der ‚Kommunikationsrechte‘ Einzelner (liberal-individualistisches Modell), zur Beschaffung und Entwicklung von formalen sowie informellen

Online-Beratungsräume (deliberatives Modell), zur Ermutigung der direkten Anfechtung der staatlichen und kapitalistischen Herrschaft (Modell der Gegenöffentlichkeiten), und zuletzt an die Förderung von Vernetzungsformen, die radikal an staatlichen und kapitalistischen Systemen rüttelt (autonomes Modell) (Dahlberg 2011, S. 867). Wie ändert sich das Bild digitaler Demokratie, wenn wir den nationalen Kontext verlassen und Prozesse europäischen und internationalen Regierens mit einbeziehen? Stellt die Digitalisierung vielleicht gleichzeitig eine Bedrohung nationaler demokratischer Strukturen und eine Chance für europäische Interessenvermittlungsprozesse dar? Lässt sich im Kontext des digitalen Zusammenwachsens der Welt überhaupt noch sinnvoll von nationalen Demokratien sprechen oder haben sich wesentliche Prozesse im Bereich der Sicherheits- und der Kommunikations(infrastruktur)politik nicht schon längst auf staatsübergreifende Kontexte verlagert?

Generell, so lässt sich festhalten, gibt es durch die digitale Transformation viele Veränderungen, die aber eher auf einer graduellen Ebene wirken und zunächst in ihren Konsequenzen marginal bleiben. Denn, diese Annahme kann man vorwegstellen: Empowerment der Massen und Information aller als demokratisches Ideal können so in keiner bisherigen Inkarnation des Internets eingelöst werden. Vielmehr werden die neuen Errungenschaften und ihre Möglichkeiten in alte Strukturen gepresst, die sich als deutlich widriger zeigen, als jedes Prokrustesbett.

Was wir aus der klassischen Demokratietheorie lernen können, ist ihre gut funktionierende Sprache, die auch heutzutage in der Lage ist, Problemgebiete und Fragestellungen zu adressieren und dabei die Digitale Transformation einzubinden. Politische und gesellschaftliche *Öffentlichkeit* ist nicht erst mit dem Aufkommen des Internets bedroht, das war sie schon von jeher. Ebenso ist *Freiheit* als ein grundlegender Wert nicht erst seit der Digitalisierung umkämpft – er ist es zunehmend. Durch Digitalisierung und die damit verbundenen Technologien und damit eröffnete Affordanzen eröffnet sich gerade für autokratische Systeme ein nicht zu übersehendes Gelegenheitsfenster. Große Herausforderungen liegen in der Frage, wie wir mit solch *disruptiven* Phänomenen und negativen Erscheinungsformen einer digitalisierten Demokratie umgehen wollen. Namentlich sind dies die Fragen der Diskriminierung und möglichen Selbstautonomisierung von künstlicher Intelligenz (KI), die umfassende Akzeptanz und Hinnahme von Hatespeech, aber auch die Neu- und Umverteilung von Gestaltungsmacht in der Demokratie zugunsten digitaler Öffentlichkeitsunternehmen (etwa die großen vier Internetkonzerne Google/Alphabet, Amazon, Facebook und Apple), denen der Staat als Gegenspieler in Demokratien wenig entgegenzusetzen hat – in Autokratien und generell autoritären Gesellschaften

aber umso mehr, die sich der digitalen Technologien in einer Absicht bedienen, welche auf die umfassende Überwachung, Kontrolle und Beeinflussung von Menschen abzielt (Tucker et al. 2017).

Daneben ist nicht klar, ob wir es mit einer allgemeinen Krise des Liberalismus und des liberalen Weltbildes als Role-Model zu tun haben oder ob die Digitalisierung als beeinflussende Größe von Veränderungen gesehen werden kann und muss. Denn grundlegend sind mit all den genannten Veränderungen und Disruptionen das humanistische Weltbild und die damit verbundenen Freiheitsrechte gefährdet. Dass digitale Transformation einen massiven Einfluss auch als soziale Praxis im Prozess ausübt, kann angenommen werden, muss aber noch näher untersucht werden.

Welche Folgen all diese Veränderungen in theoretischer wie auch empirischer Hinsicht zeitigen werden, orientieren wir in diesem Band an den Begriffen der Öffentlichkeit, der Akteure sowie der Disruptionen in Freiheit und Demokratie. Diese Auflistung ist nicht vollständig, sie zielt aber darauf ab, diese Felder sowohl theoretisch als auch empirisch zu erschließen und damit Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und auf welche Weisen sich demokratische Systeme und Entscheidungsprozesse durch digitale Transformation verändern. Denn wir haben bisher gesehen, dass die Annahmen von Ermächtigung und umfassender Information nur teilweise oder gar nicht durch digitale Technologie eingelöst werden.

Mit diesem Band bezwecken wir, einen Vorstoß in eine demokratietheoretische Orientierung zu leisten, der aufzeigt, welche neuen Ansätze die Verbindung von Demokratie und Technologie behandeln. Dabei entsteht keine neue Digitalisierungstheorie; aber die Vorstellung, dass neue Dinge in alte Strukturen gepresst werden könnten, sollten wir hinter uns lassen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Anderson, Benedict. 1983. *Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism*. London: Verso.
- Barber, Benjamin. 2004. Strong Democracy. Which technology and which democracy? In *Democracy and the New Media*, Hrsg. Henry Jenkins und David Thorburn. London: MIT Press (Erstveröffentlichung 1984).
- Berg, Sebastian, Niklas Rakowski, und Thorsten Thiel. 2020. Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. OnlineFirst. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6>.

- Bernhardt, Dan, Stefan Krasa, und Polborn Mattias. 2008. Journal of public economics polborn. *Political polarization and the electoral effects of media bias* 92 (5–6): 1092–1104.
- Block, Elena, und Ralph M. Negrine. 2017. The populist communication style: Toward a critical framework. *International Journal of Communication* 11: 178–197.
- Borucki, I., und W.J. Schünemann. 2019. *Internet und Staat Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bradshaw, Samantha, und Philip J. Howard. 2017. *Troops, trolls and troublemakers: A global inventory of organized social media manipulation*. Computational Propaganda Research Project, Working Paper 2017. 12, Oxford: Oxford Internet Institute.
- Brennen, J. S., und D. Kreiss. 2016. Digitalization. In *The International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy*, 1–11. American Cancer Society. <https://doi.org/10.1002/9781118766804.wbiect111>
- Bruns, Axel. 2008. *Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond: From Production to Producers*. New York: Peter Lang.
- Castells, Manuel. 2007. Communication, power and counter-power in the network society. *International Journal of Communication* 1: 1.
- Castells, Manuel. 2008. The new public sphere: global civil society, communication networks, and global governance. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 616 (1): 78–93. <https://doi.org/10.1177/0002716207311877>.
- Castells, Manuel, und Gustavo Cardoso. 2006. *The network society: From knowledge to policy*. Washington: Center for Transatlantic Relations, Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University.
- Dahlberg, Lincoln. 2011. Re-constructing digital democracy: An outline of four ‚positions‘. *New Media & Society* 13 (6): 855–872. <https://doi.org/10.1177/1461444810389569>.
- De Blasio, E., und M. Sorice. 2018. Populism between direct democracy and the technological myth. *Palgrave Communications* 4. https://doi.org/UNSP_1510.1057/s41599-018-0067-y.
- Dubois, E., und G. Blank. 2018. The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media. *Information, Communication & Society* 21 (5): 729–745. <https://doi.org/10.1080/1369118x.2018.1428656>.
- Ebo, Bosah Louis. 1998. *Cyberghetto or cybertopia? Race, class, and gender on the Internet*. In *Non-Series*. Westport: Praeger.
- Entman, Robert M. 2010. Media framing biases and political power: Explaining slant in news of campaign 2008. *Journalism* 11 (4): 389–408.
- Fung, Archon, Hollie Russon Gilman, und Jennifer Shkabatur. 2013. Six models for the internet + politics. *International Studies Review* 15 (1): 30–47. <https://doi.org/10.1111/misr.12028>.
- Gellner, Winand. 1995. Medien und Parteien: Grundmuster Politischer Kommunikation. In *Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen*, Hrsg. Winand Gellner und J.H. Veen, 17–33. Frankfurt a. M.: Lang.
- Gellner, Winand, und Gerd Strohmeier. 2002. Cyber-Kampagnen. In *Wahl-Kämpfe*, Bd. 2264, Hrsg. Andreas Dörner und Ludgera Vogt, 164–186. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Grossman, Lawrence K. 1995. *The electronic republic: Reshaping democracy in the information age*. New York: Viking.
- Habermas, Jürgen. 1990. *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, 1. Aufl., unveränd. Nachdr. der zuerst 1962 im Luchterhand-Verl. ersch. Ausg., erg. um ein Vorw. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2008. Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In *Ach, Europa*, Bd. 2551, Hrsg. Jürgen Habermas, 138–191. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hoffmann, C.P., und C. Lutz 2019. Digital divides in political participation: The mediating role of social media self-efficacy and privacy concerns. *Policy & Internet* 0 (0): poi3.225. <https://doi.org/10.1002/poi3.225>.
- Iyengar, Shanto, und Kyu S. Hahn. 2009. Red media, blue media: Evidence of ideological selectivity in media use. *Journal of Communication* 59 (1): 19–39. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2008.01402.x>.
- Kant, I. 1784. Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? *Berlinische Monatsschrift* 12 (4): 481–494.
- Kielmannsegg, Peter Graf. 2003. Integration und Demokratie. In *Europäische Integration*, 2. Aufl., Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 49–84. Opladen: Leske + Budrich.
- Löblich, Maria, und Francesca Musiani. 2014. Net neutrality and communication research the implications of internet infrastructure for the public sphere. *Annals of the International Communication Association* 38 (1): 339–367. <https://doi.org/10.1080/23808985.2014.11679167>.
- Lutz, Christoph, Miriam Meckel, und Anabel Quan-Haase. 2015. Online but still not taking part? investigating online participation divides in Germany. St. Gallen.
- McLuhan, M. 1962. *The Gutenberg Galaxy: The Making of Typographic Man*. University of Toronto Press.
- Momoc, A. 2018. Populism 2.0, digital democracy and the new ‘enemies of the people’. *Communication Today* 9 (1): 58–76.
- Mergel, I., N. Edelmann und N. Haug 2019. Defining digital transformation: Results from expert interviews. *Government Information Quarterly*. <https://doi.org/10.1016/j.giq.2019.06.002>
- Oswald, M. 2018. Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel – ein disruptives Zeitalter. In *Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld*, Hrsg. Michael Oswald und Michael Johann, 7–35. Wiesbaden: Springer VS.
- Popper, K.R. 2003. *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 8. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Poster, Mark. 1997. Cyberdemocracy: Internet and the public sphere. In *Internet culture*, Hrsg. David Porter, 201–218. Routledge: New York.
- Preyer, Gerhard. 2018. *Soziologische Theorie der Gegenwartsgesellschaft II: Lebenswelt – System – Gesellschaft*, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Prior, Markus. 2013. Media and political polarization. *Annual Review of Political Science* 16: 101–127.
- Putnam, R.D. 2000. Bowling alone: The collapse and revival of American community. <https://books.google.de/books?id=rd2ibodep7UC>.

- Reich, Zvi. 2010. Measuring the impact of pr on published news in increasingly fragmented news environments – A multifaceted approach. *Journalism Studies* 11 (6): 799–816.
- Rheingold, Howard. 1993. *Virtual community: Homesteading on the electronic frontier*. Reading: Addison-Wesley.
- Schradie, Jen. 2018. The digital activism gap: How class and costs shape online collective action. *Social Problems* 65 (1): 51–74. <https://doi.org/10.1093/socpro/spx042>.
- Stalder, Felix. 2016. *Kultur der Digitalität*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Stark, B., M. Magin, and P. Jürgens. 2019. Maßlos überschätzt. Ein Überblick über theoretische Annahmen und empirische Befunde zu Filterblasen und Echokammern. In *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen*, Hrsg. M. Eisenegger, R. Blum, P. Ettinger, und M. Prinzing. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.13195/j.kzyjc.2019.0382>.
- Sunstein, Cass R. 2001. *republic.com*, 1. Aufl. Princeton: Princeton University Press.
- Thieltges, Andree, und Simon Hegelich. 2017. Manipulation in sozialen Netzwerken. *Zeitschrift für Politik* 64 (4): 493–512. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2017-4-493>.
- Toffler, A. 1980. The third wave: The corporate identity crisis. *Management Review* 69(5): 8–17.
- Tucker, J.A., Y. Theocharis, M.E. Roberts, und P. Barberá. 2017. From liberation to turmoil: Social media and democracy. *Journal of Democracy* 4: 46–59.
- Usher, Nikki, Jesse Holcomb, und Justin Littman. 2018. Twitter makes it worse: Political journalists, gendered echo chambers, and the amplification of gender bias. *The International Journal of Press/Politics* 23 (3): 324–344. <https://doi.org/10.1177/1940161218781254>.



Demokratie und Theorie in der Frühdigitalisierung

Isabelle Borucki und Michael Oswald

Im Folgenden geben die HerausgeberInnen einen kurzen Überblick über die Beiträge des Bandes. Mit der Einleitung versuchen Isabelle Borucki und Michael Oswald, eine leitende Grundlage und Einbettung für die verbleibenden Kapitel dieses Bandes zu legen. Im Kontext des Zeitalters der Frühdigitalisierung wird hier versucht, auf Fragen von der Entwicklung der Öffentlichkeit, der Belastbarkeit von Theorien bis hin zur Begründung eines Verbotes der *Fake News*, eine Antwort zu geben.

Claudia Ritzl und Alexandra Zierold beleuchten den Themenkomplex der Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Digitalisierung aus radikaldemokratischer Perspektive. Angesichts des Bedeutungsgewinns des radikaldemokratischen Denkens in der Politischen Theorie der letzten Jahre verfolgen die Autorinnen das Ziel, aufbauend auf einer begrifflichen Klärung und Darstellung der Funktionen politischer Öffentlichkeit in der Demokratietheorie, die spezifischen Maßstäbe der radikaldemokratischen Demokratie an öffentliche Kommunikationsprozesse zu identifizieren und zu rekonstruieren. Davon angeleitet folgt eine Analyse grundlegender Strukturen und Merkmale zeitgenössischer Öffentlichkeit aus radikaldemokratischer Perspektive, wobei insbesondere die Eigenschaften und Qualitäten digitaler Technologien in den Blick genommen werden. Diese Untersuchung zeigt Folgendes: Obwohl sie wie kein anderes (Massen-)Medium nationale Grenzen politischer Kommunikation

I. Borucki (✉)

Universität Düsseldorf, Tannenberglweg, Deutschland

E-Mail: isabelle.borucki@uni-due.de

M. Oswald

Universität Passau, Passau, Deutschland

E-Mail: michael.oswald@uni-passau.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

M. Oswald und I. Borucki (Hrsg.), *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung*, https://doi.org/10.1007/978-3-658-30997-8_2

überwinden können und obwohl sie an vielen Stellen Zugang unabhängig von sozialem, ökonomischem oder institutionellem Status erlauben, sind auch die neuen Kanäle politischer Kommunikation im digitalen Raum von Monopolisierungs- und Monotonisierungstendenzen geprägt und ihre demokratische Funktionalität damit bedroht.

Gizem Kaya stellt die Frage der Zukunft von Demokratietheorien im digitalen Zeitalter in den Kontext zwischen ‚Skylla und Charybdis‘. Grundlegend von einem radikalen Verständnis von Demokratie ausgehend fragt Kaya, wie sich die Digitalisierung auf die demokratietheoretische Landschaft insgesamt und das Gefüge darin auswirkt. Sie geht weiterhin darauf ein, welche der demokratietheoretischen Grundkonzepte, Normen und Prämissen durch das Internet in Bedrängnis geraten sind und wo sich Chancen eröffnen. Dies wird exemplarisch am Habermas’schen Modell der deliberativen Demokratie und der radikalen Demokratietheorie von Chantal Mouffe untersucht. Der Beitrag verweist damit beispielhaft auf vier Erscheinungsformen moderner digitaler Öffentlichkeiten aus digitaldemokratischer Perspektive: fragmentierte, affektive, ideologisch-polarisierte und manipulierte Öffentlichkeiten. Hieran anschließend werden im dritten Abschnitt die Implikationen für die deliberative und radikale Demokratietheorie herausgearbeitet: Wie wirken sich die neuen, digitalen Herausforderungen und Erscheinungsformen der Öffentlichkeit auf sie aus und vice versa?

Curd Knüpfer, Annett Heft und Barbara Pfetsch befassen sich mit dem Demokratiewandel, der dissonanten Öffentlichkeit und den nicht-intendierten Folgen vernetzter Kommunikationsumgebungen. Sie diskutieren dabei Entwicklungen in der politischen Kultur und der Kommunikationsinfrastruktur, die mit einem Strukturwandel der Öffentlichkeit in westlichen Demokratien verbunden sind. Öffentlichkeiten sind demnach maßgeblich von Dissonanzen geprägt. Darunter verstehen die AutorInnen Situationen, in welchen öffentliche Deliberationsprozesse und Debatten vielstimmiger, unübersichtlicher und oftmals konträr zueinander verlaufen und somit die kollektive Willensbildung und demokratische Reflexivität öffentlicher Meinungen erschweren. Knüpfer et al. argumentieren, dass die dissonanten Öffentlichkeiten innerhalb westlicher Gegenwartsdemokratien durch zwei langfristige Entwicklungen bedingt sind: einen grundlegenden Wandel innerhalb der demokratischen Kultur, welcher von sinkendem Vertrauen in politische Institutionen geprägt ist, sowie den Prozessen der Digitalisierung, die mit einer Fragmentierung von Mediensystemen und neuartigen Vernetzungsstrukturen einhergehen. Als unbeabsichtigte Folge dieser Entwicklungen sind *Opportunity Structures* für neuartige politische Bewegungen und Challenger-Akteure entstanden, die bestehende Institutionen massiv unter Druck setzen.

Moritz F. Wiesenthal beleuchtet das Thema der ‚pragmatischen Netz-öffentlichkeit‘ Europas. Er beginnt mit der Debatte um eine europäische Öffentlichkeit in Medien, Wissenschaft und Politik, die seit Beginn der 1990er Jahre zunehmende Aufmerksamkeit erfahren habe. Grund dafür sei, neben der ansteigenden Mediatisierung von politischen Prozessen, das seit dem Vertrag von Maastricht immer deutlichere Vordringen der Europäischen Union (EU) in Kernbereiche vormals nationalstaatlicher Demokratien. Der hierbei entstehende transnationale Legitimationsbedarf erfährt nach Wiesenthal im Rahmen des digitalen Strukturwandels eine grundlegende Veränderung, welche auch die demokratie- und kommunikationswissenschaftliche Forschung zur europäischen Öffentlichkeit vor neue Herausforderungen stellt. Der vorliegende Artikel spezifiziert diese Herausforderungen und zeigt mit John Deweys Konzept einer pragmatischen Öffentlichkeit einen fruchtbaren Ansatz zur Analyse einer digitalen europäischen Öffentlichkeit auf.

Sebastian Berg und Daniel Staemmler fokussieren mit ihrem Beitrag zur Konstitution der digitalen Gesellschaft weniger eine Charakteristik digitalisierter Öffentlichkeit, als sie eine perspektivische Erweiterung dieser herausarbeiten. Diese Erweiterung besteht darin, dass durch den nun auch technisch induzierten Formwandel der Demokratie die Veränderung medialer Strukturen wieder einer politischen Lesart zugeführt werden muss, will man nach Berg und Staemmler das demokratische Postulat sozialer Vergesellschaftung ernst nehmen. Die Autoren argumentieren, dass die politische Theorie für die Deutung der digitalen Konstellation auf eine Erweiterung ihres Gegenstandsbereichs um die Prozesse der Technikentwicklung und -gestaltung angewiesen ist. Erst eine politiktheoretische Lesart der Konstitution digitaler Infrastrukturen erlaubt es, den digitalen Wandel an den andauernden Formwandel der Demokratie rückzubinden und Aussagen über die demokratische Qualität der Digitalisierung zu treffen. Dazu untersuchen die Autoren zunächst die Konzepte der Digitalisierung und Demokratie, um dann politische Qualitäten der Digitalisierung im Lichte der *Science & Technology Studies* näher zu beleuchten. Das Beispiel des sozialen Netzwerks *Mastodon* dient als Hinweis darauf, wie kommunikative Infrastrukturen als Prozesse im Sinne von Kommunikationsmacht zu verstehen seien.

Jasmin Fitzpatrick befasst sich mit der Kapitaltheorie von Pierre Bourdieu und zieht Konsequenzen aus der Anpassung von *Social Media* für Non-Profit-Organisationen. Fitzpatrick verfolgt mit ihrem Beitrag zwei Ziele: Zum einen überträgt sie Bourdieus Überlegungen zu verschiedenen Formen des Kapitals auf die Meso-Ebene; zum anderen stellt sie dar, welche Chancen sich für politische Organisationen durch den gezielten Einsatz webbasierter Technologien ergeben können. Diese Aspekte ergänzt sie um Fallbeispiele. Zudem beantwortet

sie die Frage, welche Organisationen inwiefern durch den Einsatz webbasierter Kommunikationstechnologien profitieren. Das zentrale Ergebnis besteht in der Feststellung, dass die Zugrundelegung von Bourdieus Kapitalbegriff einen Mehrwert für die Analyse politischer Organisationen darstellt.

Carolin Stötzel analysiert die Digitale Transformation in Hinblick auf die Legitimität der mit dem Internet verbundenen Strukturen und Prozesse, was insbesondere in demokratischen Staaten zunehmend relevant wird. Die Autorin zeigt in ihrer Analyse, dass demokratisch legitimierte Regulierung im Internet an ihre Grenzen stößt und sie problematisiert, dass Informationsasymmetrien, Machtkämpfe und Zieldivergenzen der beteiligten Akteure schwer zu lösen sind. Um dennoch demokratische Prinzipien im Umgang mit der *Internet-Governance* zu gewährleisten, sieht Stötzel legitime (legitim gewählte) Regierungen in der Pflicht, die entsprechend handeln. Sie plädiert für eine weiterführende Forschung, damit das Dilemma bei der *Internet-Governance* in Bezug auf Kompetenz und Kontrolle überwunden werden kann. Darüber hinaus muss die Rolle der Legitimität in den Multi-Stakeholder-Konstellationen der Internet-Verwaltung weiter diskutiert werden. Zieldivergenz und Machtasymmetrien zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren scheinen sich im Zuge der Digitalen Transformation zu verschärfen.

Annegret Bendiek und Jürgen Neyer untersuchen Bedingungen für die digitale Souveränität Europas. Die digitale Souveränität dient hierbei als begriffliche Orientierungshilfe für die Skizzierung von Herausforderungen der digitalen Transformation und der Entwicklung von europäischen Antworten auf sie. Die AutorInnen beziehen die digitale Souveränität auf die Frage nach der Handlungsfähigkeit Europas in einem kompetitiven Umfeld. Dabei werfen sie mit dem Begriff ein Schlaglicht auf die disruptiven Auswirkungen digitaler Innovationen, des Aufstiegs der digitalen Megakonzerne sowie der Einführung von KI und stellen diese in den größeren europapolitischen Kontext. Abschließend verorten sie diese Herausforderungen im Rahmen eines europäischen digitalen Souveränitätsverständnisses, das die externe und die interne Betonung europäischer Werte als wesentliche Bestandteile europäischer Politik kombiniert.

Ben Wagner stellt die Frage, was ‚Freiheit‘ in einem sozio-technischen Kontext bedeutet. Wagner diskutiert hierfür die unterschiedlichen Konzepte, welche in der Debatte zu Freiheit und Technik existieren. Er präsentiert zunächst einen Überblick über Freiheits- und Technikbegriffe, bevor die möglichen Konflikte und Spannungsverhältnisse zwischen den unterschiedlichen Konzepten aufgezeigt werden. Durch die Überwindung des Grundrahmens der positiven vs. negativen Freiheit und eines differenzierteren Verständnisses von Freiheit und Technologie soll Wagners Artikel dazu beitragen, ein klareres Bild vom Verhält-

nis zwischen Freiheit und Technologie in der Praxis zu vermitteln. Der Autor stellt dabei heraus, dass es sich sowohl bei Freiheit als auch bei Technik nicht um perfekt unterscheidbare Kategorien handelt, sondern dass die Kategorien teilweise ineinander übergehen. Gleichzeitig erfüllen seiner Auffassung nach Argumente der Freiheit in der Technik oft mehrere Perspektiven, deren Betrachtung lohnenswert erscheinen.

Jan Weyerer und Paul Langer untersuchen Diskriminierungsfaktoren durch Künstliche Intelligenz. Ziel ihres Beitrags ist es, aufzuzeigen, welche Faktoren die Entscheidungsgrundlagen der KI prägen, welche Wirkmechanismen zu erwarten sind und in welchen Bereichen KI-basierte Entscheidungen bestehende gesellschaftliche Missstände reproduzieren. Die Anwendung von KI eröffnet eine Vielzahl neuer Möglichkeiten für Staat und Gesellschaft. Sie verspricht außerdem erhebliche Effektivitäts- und Effizienzgewinne bei der Ausführung staatlicher Aufgaben im Bereich der Bildung, Mobilität und Gesundheit. Insbesondere durch das Chancen- und Transformationspotenzial für die Wirtschaft ist KI inzwischen auch weit nach oben auf die politische Agenda vieler Staaten gerückt. Neben ethischen Fragen, etwa die der informationellen Selbstbestimmung, der moralischen Verantwortung von KI-Entscheidungen etc. bezieht sich eine zentrale ethische Herausforderung auf den Aspekt der KI-basierten Diskriminierung. Diese besagt, dass KI-Technologien menschliche Vorurteile beziehungsweise diskriminierende Werthaltungen und Verhaltensweisen übernehmen und sogar verstärkend reproduzieren können. Dies wird an den Beispielen *Tay* und *Zo* verdeutlicht.

Adriano Mannino diskutiert in seinem Beitrag die digitale Kommunikationsökonomie und liefert eine liberal-demokratische Begründung für das Verbot von unbestreitbaren *Fake News*, da diese Vertrauen erodieren lassen – eine relevante und knappe Ressource der Demokratie. Im digitalen Raum sieht Mannino eine neue Qualität, Ausdifferenzierung und Dimension politisch relevanter *Fake News*. Er analysiert diese *Fake-News*-Dynamik kommunikationsökonomisch und diskutiert sie in liberal-demokratischer Perspektive im Kontext eines Verbots. Schließlich argumentiert der Autor, dass eine Subklasse von *Fake News* existiert, die in ihrer Fälschungs- und Täuschungsabsicht unbestreitbar ist. Liberal-demokratisch spricht er sich daher für ein Verbot solcher *Fake News* aus, die ‚unbestreitbar bewusst‘ gefälscht sind.

Sebastian Dregger analysiert die Digitalisierung der Hassrede in den USA und stellt die grundlegende Frage, ob sie ein Bestandteil oder eine Gefahr für die Demokratie sind oder diese gefährden. In dem Beitrag analysiert er das wechselvolle Spannungsverhältnis zwischen Meinungsfreiheit, Hassrede und digitaler Transformation in den USA und geht hier in vier Schritten vor. Im

Zentrum der Untersuchung steht dabei die folgende These: Die USA verfolgen eine Doppelstrategie im Umgang mit der digitalisierten Hassrede. Einerseits behalten sie weiterhin ein extrem weites verfassungsrechtliches Verständnis der Meinungsfreiheit bei; andererseits etablieren sich verstärkt Regulierungsansätze nicht-staatlicher Art – und zwar über satzungsartige Nutzungsbedingungen und Richtlinien der Internetkonzerne – mit denen die Verbreitung der Hassrede im Internet und deren Auswirkungen auf das politische System als Ganzes begrenzt werden sollen.

Paul F. Langer betrachtet in seinem Beitrag *digitale Profile, Reputation Scoring und Social Credits* am Beispiel von Chinas *National Credit Management System*. Er eröffnet zunächst verschiedene Perspektiven auf das Konzept der Reputation und seiner Bedeutung für pro-soziales Verhalten im Kontext der Digitalisierung. Dazu diskutiert er relevante Teilkonzepte und die Mechanismen eines staatlichen *Social Credit Systems* in China. Mit der Digitalisierung geht laut Langer ein Prozess des Vermessens der Realität einher und damit eröffnet sich eine Möglichkeit, detaillierte Charakterbeschreibungen von Individuen abzuleiten. Auf Basis des Konzepts des *Reputation-Scorings* erläutert er die Grundgedanken der chinesischen Politik und die Idee des *Social Engineerings*. Weiterhin diskutiert er die Pläne des chinesischen Ansatzes eines *Social Credit Systems*. Zuletzt stellt er die Auswirkungen der *Social Credit Systeme* im Allgemeinen und solche, die auf das gesellschaftliche Anreizsystem gerichtet sind, dar.

Michael Oswald versucht abschließend die Effekte der Disruption durch die Digitale Transformation zu erfassen und diskutiert die Demokratietheorie im Paradigma der entgrenzten Individualkommunikation. Er argumentiert, dass die Frühdigitalisierung mit Methoden und Denkweisen eines analogen Paradigmas nicht adäquat erfasst werden kann und diese Perspektive den wissenschaftlichen Fortschritt verhindert, aber auch normative Chancen vertut. Dazu zählt der Fokus auf die negativen Effekte der Digitalisierung.

Öffentlichkeit



Grenzenlos, frei und politisch? Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Digitalisierung aus radikaldemokratischer Perspektive

Claudia Ritzi und Alexandra Zierold

1 Einleitung

„What is the relation between the idea of the public sphere and computer-mediated interaction?“ – diese Frage stellt ein 2003 erschienener Artikel von Jodi Dean. Die Antwort der Politischen Theoretikerin fällt kritisch aus: „I argue that the notion of the public sphere is not only inapplicable to the Net, but also and more importantly, that it is damaging to practices of democracy under conditions of contemporary technoculture“ (Dean 2003 S. 95).

Die von Dean eingenommene Perspektive spiegelt eine Kehrtwendung in der wissenschaftlichen Debatte über Politik im digitalen Zeitalter. Bereits in den Anfangszeiten des allgemein zugänglichen Internets hatte das Konzept politischer Öffentlichkeit zwar eine Renaissance erlebt, in den 1990er Jahren wurden digitale Technologien dabei jedoch vor allem als „information superhighway“ und „town hall for millions“ (ebd., S. 97) betrachtet. Mit dem Beginn der Medienkrise Anfang der 2000er Jahre wurden jedoch die Schattenseiten der so genannten Neuen Medien zunehmend sichtbar (vgl. u. a. Wolff 2003): Die Internetstrategien selbst großer Verlagshäuser scheiterten, der Zeitungsmarkt wurde in Folge sinkender Auflagen schwächer, etablierte Werbemodelle reichten nicht mehr aus, um in gewohnter Weise (politische) Inhalte zu produzieren und zu publizieren – allzumal die

C. Ritzi (✉) · A. Zierold
Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Trier, Trier,
Deutschland
E-Mail: ritzi@uni-trier.de

A. Zierold
E-Mail: zierold@uni-trier.de

Zahlungsbereitschaft der InternetnutzerInnen für digitalen „Content“ weit hinter den Erwartungen zurückblieb und noch immer bleibt. Gleichzeitig wurde eine kleine Zahl globaler Internetfirmen zu (über-)mächtigen ökonomischen Akteuren. In ideologiekritischer Absicht mahnt Dean gerade mit Blick auf die letztgenannte Entwicklung, dass das Internet nicht als ‚public sphere‘ begriffen werden sollte. Denn eine solche Perspektive führe dazu, „to make appear as a public sphere what is clearly the material basis of the global economy“ (ebd., S. 100).¹

Dean zählt somit zum Kreis jener Politischer TheoretikerInnen, welche schon früh die Folgen digitaler Technik für Demokratien und ihre kommunikativen Grundlagen und Funktionsweisen überwiegend kritisch einschätzen. Ihre Kritik setzt bei einem habermasianischen Öffentlichkeitsbegriff an, welcher *Vermachtungsprozesse* politischer Öffentlichkeit – nicht zuletzt durch ökonomisch mächtige AkteurInnen – als eine zentrale Bedrohung demokratischer Meinungs-, Willensbildungs- und Integrationsprozesse betrachtet.² Sie rekonstruiert die „online public sphere“ als einen weitgehend konflikt- und antagonismusfreien Raum, in dem es trotz der technologiebedingten Offenheit kaum Beispiele für gelingende Diskurse gibt (vgl. ebd., S. 105). Grenzenlosigkeit und Zugangsfreiheit allein sichern, so lässt sich schlussfolgern, weder Gleichheit noch ein angemessenes Maß an Vielfalt und auch keine offene Diskussion.

Ausgehend von einem abweichenden, der deliberativen Konzeption sogar konträren, Demokratie- und Öffentlichkeitsbegriff, würden radikaldemokratische TheoretikerInnen ähnliche Schlüsse über die Bedingungen demokratischer Kommunikation im so genannten *digitalen Zeitalter* ziehen³. Sie zählen aktuell zu den schärfsten KritikerInnen demokratischer Öffentlichkeit im Kontext westlicher, repräsentativer Demokratien. In der radikaldemokratischen Theorieströmung kommt nicht (nur) der Pluralität in der argumentativen Debatte Bedeutung zu, sondern Konfliktivität wird als fundamentales Merkmal der Demokratie gefasst – und ihre Überwindung als Zeichen von Entpolitisierungsprozessen.

¹Dean argumentiert stattdessen für „zero institution“ (Levi-Strauss) als „placeholder to designate institutionality as such“, mit dem aber keine Normativität einhergehe (vgl. Dean 2003, S. 105).

²Kritisch anzumerken ist jedoch, dass Dean eine vergleichsweise einfache und enge Rekonstruktion des Öffentlichkeitsbegriffs vorlegt, dessen kritisches Potential erweitert werden kann, wie dies beispielsweise bei Fraser (2007) der Fall ist.

³Ein erheblich weiter gefasster Begriff der „radikalen Demokratietheorie“, der auch partizipative und deliberative Ansätze umfasst, findet sich im Handbuch „Radikale Demokratie“, das jüngst von Comtesse et al. (2019a) herausgegeben wurde. Für hiesige Zwecke erscheint eine Fokussierung auf die so genannte ‚postfundamentalistische‘ Theorietradition (vgl. Marchart 2010) jedoch geeigneter, insbesondere, um die Differenzen zu liberalen, republikanischen und deliberativen Ansätzen aufzuzeigen.